



Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung herstellen!

Positionspapier des IG Metall-Vorstands zur aktuellen Erhöhung der Zusatzbeiträge

Zu Beginn des Jahres 2016 sind die nur von den Versicherten zu tragenden Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung gestiegen. Arbeitnehmer müssen durchschnittlich einen Zusatzbeitrag von 1,1 Prozent schultern. Die Belastung kann je nach Einkommen bis zu 47 Euro monatlich und 560 Euro jährlich betragen. Krankenkassen und GesundheitsökonomInnen erwarten für 2017 einen weiteren Anstieg der Zusatzbeiträge um rund 0,4 Prozent.

Da der Gesetzgeber den Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung bei 7,3 Prozent eingefroren hat, sind Kostensteigerungen alleine von den Versicherten zu tragen. Die IG Metall lehnte und lehnt diesen Bruch mit der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ab. Sie tut dies aus verteilungspolitischen und ordnungspolitischen Gründen:

- Der Zusatzbeitrag ist *verteilungspolitisch* ungerecht. Er belastet nur die Versicherten und entlastet die Arbeitgeber von der Finanzierung des medizinischen Fortschritts und den Kosten einer solidarischen Gesundheitsversorgung.
- Der Zusatzbeitrag setzt *ordnungspolitisch* falsche Anreize. Er zwingt die Kassen in einen Kostenwettbewerb um wettbewerbsförderliche Beiträge. Dies heizt die Jagd nach jungen, gesunden Versicherten an, da diese für die Kassen „gute Risiken“ darstellen. Wettbewerbliche Beitragsätze und nicht Versorgungsqualität und Versicherungsnähe werden zu zentralen Zielgrößen.

Arbeitgeber und Politik müssen auch künftig an einer umsichtigen Ausgabenpolitik im Gesundheitssystem Interesse haben. Nicht überzogene Gewinn- und Einkommensinteressen der Leistungsanbieter (Pharmaindustrie, Apotheken, Ärzte usw.) dürfen Vorfahrt haben, sondern *versorgungspolitische* Ziele wie Prävention und die Beseitigung sozial ungleich verteilter Gesundheitschancen müssen im Mittelpunkt einer modernen Gesundheitspolitik stehen.

Der Vorstand der IG Metall sieht sich in seiner Kritik der Zusatzbeiträge bestätigt und fordert von der Bundesregierung:

- Die einseitige Belastung der Versicherten muss beendet und die vollständige Parität hergestellt werden.

- Nicht der Wettbewerb um attraktive Versicherte, sondern Versorgungsqualität und Versichertennähe müssen Zielgrößen der Krankenkassen sein.
- Eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle muss solidarisch finanziert werden. Überzogenen Einkommenserwartungen der Leistungsanbieter müssen - etwa durch eine wirksame Kostenbremse bei Arzneimitteln - Grenzen gesetzt werden.

Für diese Forderungen wird sich die IG Metall in den Betrieben, in den Gremien der sozialen Selbstverwaltung und gegenüber der Politik engagieren. Unser Ziel ist und bleibt eine hochwertige, effiziente und solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung für alle!

